Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1709
14. 04. 78

Sachgebiet 223

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Benz, Pfeifer, Biechele und der Fraktion der CDU/CSU

Ausbau Europäischer Schulen

Ziel einer erfolgreichen Europapolitik muß es sein, neben der wirtschaftlichen Einigung das politische und kulturelle Zusammenwachsen der europäischen Partner zu fördern. Dies erfordert den Ausbau und die Intensivierung kultureller Begegnung in vielfältiger Art und Weise. Die Europäischen Schulen haben sich als eine geeignete Institution zur Förderung des europäischen Gemeinschaftsbewußtseins durch eine gemeinschaftliche Erziehung von Kindern verschiedener Nationalität nach einem gemeinsamen Unterrichtsplan auf der Grundlage gegenseitiger Achtung von Sprache und Kultur erwiesen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Die Errichtung Europäischer Schulen war bisher stets verbunden, bzw. abhängig von dem Standort einer Institution der Europäischen Gemeinschaft. Wird dies auch in Zukunft so sein oder denkt die Bundesregierung daran, sich für die Errichtung weiterer Europäischer Schulen unabhängig von den Standorten europäischer Institutionen einzusetzen?

2. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Europagedanke in den Europaschulen ausreichend vertreten und gelehrt wird? Was unternimmt die Bundesregierung gegebenenfalls, um eine stärkere „Europäisierung" der Lehrpläne, der Schulbücher und des Unterrichts sicherzustellen?

3. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich des zeitlichen Rahmens für die Entsendung von deutschen Lehrern an Europäische Schulen? Hält sie die gegenwärtige Praxis, die eine Tätigkeit an Europaschulen von maximal neun Jahren vorsieht, für richtig oder wird sie sich für eine Verlängerung dieser Zeit im Rahmen der Möglichkeiten des Statuts über die Europäischen Schulen einsetzen?

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

4. Kann die Bundesregierung Überlegungen bestätigen, denen zur Folge die Sekundarstufe II zukünftig so gestaltet werden soll, daß sie auch mit einem Berufsbildungsabschluß abgeschlossen werden kann? Wenn ja, wie wird die Bundesregierung sich gegenüber diesen Änderungsvorschlägen zur Ausgestaltung der Sekundarstufe II verhalten?

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die neue Schulstruktur der Europäischen Schulen, die eine fünfjährige Grundschule und eine anschließende dreijährige Beobachtungsstufe vorsieht und in einer ca. zweijährigen Erprobungsphase erprobt werden soll? Hat die Bundesregierung diesem Modell zugestimmt? Wenn ja, wie begründet sie ihre Zustimmung, angesichts der gegenwärtigen Entwicklung der Struktur des Schulwesens der Bundesrepublik Deutschland?

Bonn, den 14. April 1978

Benz
Pfeifer
Biechele
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion